

möglich sei wie der Versuch, einen Toten wieder lebendig zu machen. Slowenien sei nur bereit, die weiteren Schritte auf dem Weg zur völligen Unabhängigkeit - wie mit den Abgesandten der EG vereinbart - für drei Monate auszusetzen. Viel wird also davon abhängen, was geschieht, wenn am Sonntag die Frist für die «Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes» an den Grenzen verstreicht.

Serbische Kritik an der Intervention

In der Ausgabe vom Freitag hat die Milosevic nahestehende serbische Zeitung «Politika» zu den Vorgängen der letzten Tage Stellung genommen. Die Armee, so heisst es in einem Kommentar, sei von der Regierung in einer Art und Weise eingesetzt worden, die zum vorübergehenden Scheitern verurteilt gewesen sei. Dies sei auch die eigentliche Absicht gewesen. Im Bestreben, ein Chaos zu verursachen, um die jugoslawische Krise zu internationalisieren oder gar eine Intervention ausländischer Mächte zu provozieren, sei einer der «grausamsten, inhumansten und brutalsten Kriege der letzten Zeit» geführt worden. Hinter der slowenischen und kroatischen Sezession stünden, so schreibt die «Politika», deutsche und österreichische Interessen, eine Abspaltung Sloweniens bedrohe jedoch keine vitalen Interessen des serbischen Volkes. Der Kommentator schlägt deshalb die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes vor, in dem Sloweniens Ausscheiden aus dem Bundesstaat geregelt werden soll.

Zugleich verlangt er aber innerjugoslawische Grenzkorrekturen. Nach all dem, was in den letzten Tagen in Slowenien geschehen sei und was sich in Kroatien seit einiger Zeit abspiele, sei es - so die «Politika» - klar, dass kein Teil des serbischen Volkes in solchen «auf irrationalen Präzedenzen begründeten nationalistisch-chauvinistischen Staaten» zurückgelassen werden dürfe. Auch das Parlament der Teilrepublik Montenegro hat sich laut Agenturangaben gegen den Versuch ausgesprochen, die Einheit Jugoslawiens mit Gewalt zu erhalten. Vor einer allfälligen Abspaltung irgendeiner Teilrepublik müssten jedoch, so seine Forderung, die Fragen der Grenzen geregelt werden.

Kämpfe im serbischen Siedlungsgebiet Kroatiens

Zagreb, 5. Juli. (ap) Im serbischen Siedlungsgebiet in Ostkroatien ist es am Freitag offenbar zu weiteren Kämpfen gekommen. Der kroatische Verteidigungsminister Degorickevic sagte in Zagreb, Nationalgardisten suchten in der Umgebung des Dorfes Mirkovci seit Donnerstag serbische «Terroristen» zu stellen. Die Agentur Tanjug berichtete, nach Zusammenstössen zwischen «der örtlichen lokalen Bevölkerung» und serbischen Polizisten am Donnerstag seien jugoslawische Soldaten in der Nacht als Puffer zwischen Mirkovci und das 20 Kilometer nördlich davon gelegene Borovo Selo marschiert. In Borovo Selo sei aber auch noch am Freitag Maschinengewehrfeuer zu hören gewesen.

Am Freitag verschärfte sich die Spannung im Krisengebiet. Die Nationalgarde und serbische Gruppen lieferten sich um das Dorf Vorkovic im Osten der Republik schwere Kämpfe. Einwohner sagten am Telefon, Nationalgardisten belagerten den Ort. Das Belgrader Fernsehberichtete, die Kroaten setzten auch Granatwerfer ein. Eine Armee-Einheit habe auf Bitten der - zumeist serbischen - Einwohner ausrücken wollen, doch sei ihre Kaserne blockiert worden.

Bestätigung der neuen türkischen Regierung

Ankara, 5. Juli. (Reuter) Das türkische Parlament hat dem neuen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz und seiner Regierung am Freitag mit grosser Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Parlamentspräsident Erdem teilte mit, von den 450 Abgeordneten hätten 265 für und 153 gegen das neue Kabinett gestimmt. Die regierende Mutterlandpartei verfügt über eine Mehrheit von 275 Mandaten im Parlament.

Interesse Rumäniens an der Nato

Freundliche Worte beim Besuch Wörners Bukarest, 5. Juli. (apf) Nato-Generalsekretär Wörner hat Rumänien, das sich «auf dem Weg zur Demokratie» befinde, «ausneingschränkte Unterstützung» zugesichert. Zum Abschluss eines zweitägigen Besuches in Rumänien stufte Wörner, der als erster Generalsekretär der atlantischen Allianz in das Land gereist war, seinen Besuch als erfolgreich ein. Rumänien verdiene wie alle mittel- und osteuropäischen Staaten Unterstützung für seinen Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft, betonte Wörner. Die Nato sei überzeugt von der Entschlossenheit Bukarests, den von Opfern und Entbehrungen gekennzeichneten Reformprozess fortzusetzen, und wolle dabei Partner sein.

Der rumänische Aussenminister Nastase sagte, sein Land hätte kein Problem, eine Mitgliedschaft in der Nato anzustreben, wenn das Bündnis Rumänien dazu einlode. Der Freundschaftsvertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion, der am 5. April unterzeichnet, aber noch nicht vom Parlament ratifiziert wurde, verbiete zwar die Mitgliedschaft in einem «Offensivbündnis», das gegen einen Vertragspartner gerichtet sei, sagte Nastase. Die Nato sei jedoch eine «Defensivallianz».

Aussenministertreffen zu Jugoslawien

Ein dritter Vermittlungsanlauf der EG Waffenembargo und notfalls Überprüfung der Position

Am ausserordentlichen Ministertreffen der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag sind die drei Aussenminister der EG-Troika mit einer dritten Vermittlungsreise nach Belgrad beauftragt worden. Zudem sollen zwei Delegationen hoher Beamter nach Jugoslawien reisen. Die EG hat sich im weiteren wie erwartet zu einem Waffenembargo entschlossen und behält sich bei unilateralen Militäraktionen eine Überprüfung ihrer Position vor.

Brüssel, 5. Juli

Während am Freitag nachmittag zunehmend Meldungen aus Jugoslawien eintrafen, die auf eine leichte Entspannung hinwiesen, sind die Aussenminister der EG in Den Haag zusammengetreten, um ihre Haltung gegenüber Belgrad und den Teilrepubliken abzustimmen. Die Sondersitzung wurde nötig, nachdem sich die Vermittlungsaktionen der EG bisher nur als Teilerfolg erwiesen hatten und innerhalb der Gemeinschaft unterschiedliche Auffassungen offen hervorgetreten waren. Dabei ging es im Kern um die Frage, ob unter dem Eindruck der Gewaltanwendung der Militärs die EG eine Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen in Betracht ziehen sollte. Das Ministertreffen zeigte, dass die EG-Mitgliedstaaten in dieser Frage weiterhin unterschiedlicher Auffassung sind, und entsprechend vorsichtig ist die Abschlusserklärung formuliert: Ohne die Integrität Jugoslawiens oder die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens ausdrücklich zu erwähnen, behält sich die EG vor, bei weiteren Verletzungen des Waffenstillstands durch die Militärs ihre Haltung gegenüber Belgrad zu überprüfen.

Kein Öl ins Feuer

Diese gemeinsame Position behindert hinter den Drohungen des deutschen, des belgischen und des dänischen Aussenministers zurück, gegebenenfalls die Unabhängigkeit der Teilrepubliken anzuerkennen. Nach Meinung von Genscher und Ellemann-Jensen hätten Slowenien und Kroatien bei anhaltendem Druck der jugoslawischen Armee gar keine andere Wahl, als sich unabhängig zu erklären. Im Kreis der Aussenminister vermochten sich aber die gemässigten Vertreter Frankreichs, Portugals und der Niederlande Gehör zu verschaffen, die keine explizite Drohung mit einer Anerkennung wollten. Zu dieser zweiten Gruppe, die nach wie vor klar für die Erhaltung der territorialen Integrität des Vielvölkerstaats eintritt, gehören auch Grossbritannien und Spanien. Der französische Aussenminister Dumas meinte dazu, es sei jetzt nicht angebracht, durch einen Positionswechsel Öl ins Feuer zu giessen. Ohne die Bundesrepublik und Österreich zu nennen, verwies er ferner darauf, dass es zu verhindern gelte, dass die nördlichen Republiken unter starken ausländischen Einfluss kämen. Er drückte damit eine Sorge aus, die in Paris offensichtlich zunehmend unter dem Stichwort Pangermanismus zusammengefasst wird.

Drei Vermittlungs- und Beobachtungsmissionen

Während die Zwölf also in dieser innen- und ausserpolitisch heiklen Angelegenheit gespalten blieben, beschlossen sie, die sogenannte Troika, die sich jetzt aus den Aussenministern Luxemburgs, der Niederlande und Portugals zusammensetzt, ein drittes Mal nach Belgrad zu entsenden. Dort soll an die Vermittlungsversuche der Vortage angeknüpft werden, in deren Zentrum die turnusgemässige Einsetzung eines Staatspräsidenten, der Rückzug der Militäreinheiten in die Kasernen und die dreimonatige Aussetzung der Wirkungen der Unabhängigkeitserklärungen gestanden hatten. Zudem soll eine 30-50köpfige Delegation der EG nach Jugoslawien entsandt werden, um über die Einhaltung des Waffenstillstandes zu wachen. Eine entsprechende Anfrage ging vom jugoslawischen Aussenminister Loncar am Freitag morgen aus. Darüber hinaus haben die Aussenminister beschlossen, eine Mission der «Guten Dienste» mit Beamten zu entsenden, die den Dialog über die politische Zukunft der Völker Jugoslawiens begleiten soll. Dieses Unterfangen steht in Zusammenhang mit einem in Berlin gefassten KSZE-Beschluss.

Zu den vorläufigen «Strafmassnahmen» der EG gegenüber der jugoslawischen Bundesregierung gehören ein Waffenembargo und die definitive Aussetzung der Finanzhilfen an Belgrad. Im Zusammenhang mit dem Waffenauflufsverbot richten die Zwölf einen Appell an andere Staaten, diese Schritt ebenfalls zu tun. Von der ausgesetzten Finanzhilfe sind Darlehen und Zuwendungen im Umfang von 807 Millionen Ecu betroffen. Ungeachtet dieser Massnahmen, die bloss eine graduelle Korrektur der EG-Politik ausdrücken, und der Feststellung, dass eine neue Situation entstanden sei, fällt auf, dass die Aussenminister es dem jugoslawischen Volk überlassen wollen, die Zukunft des Landes zu gestalten. Dies müsse unter Beachtung der Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris erfolgen.

Slowenische Vorsprache in Brüssel

Zur gleichen Zeit, als in Den Haag die Aussenminister um eine gemeinsame Position rangten, wartete in Brüssel der slowenische Ministerpräsident Peterle auf eine Audienz beim belgischen Premier Martens und bei den zwei EG-Kommissaren Andriessen und Bangemann. Er hatte sich zu gedulden, bis in Den Haag der Handlungsrahmen abgesteckt war. Martens, der sich kaum in die Angelegenheiten seines Aussenministers Eyskens einmischte, erklärte dem Gast unverbindlich, dass sich Belgien an die Beschlüsse des Europäischen Rats von Luxemburg halte und dass die Charta von Paris sowohl die Integrität der Staaten als auch Autonomie der Völker anerkenne. Über die Unterredung mit den Kommissionsvertretern wurde bis zum Abend nichts bekannt. (Weiterer Artikel Seite 3)

Eritrea soll über Unabhängigkeit abstimmen Formelles Zugeständnis

Addis Abeba, 5. Juli. (Reuter) Die Konferenz zur Bildung einer Übergangsregierung in Äthiopien hat am Donnerstag das Recht der Provinz Eritrea formell anerkannt, über ihre Unabhängigkeit mittels einer Volksabstimmung selbst zu bestimmen. Ein Sprecher der Revolutionären Demokratischen Front des äthiopischen Volkes (EPRDF), der bestimmenden politischen Kraft im Land, erklärte, die Konferenz sei sich einig gewesen, dass eine Volksabstimmung innerhalb der nächsten zwei Jahre der einzige Weg sei, die Eritrea-Frage friedlich zu lösen. Feste Verabredungen über die Umwandlung der eritreischen Küstenstadt Assab in einen Freihafen wurden noch nicht getroffen. Mit einem solchen Arrangement soll Äthiopiens Zugang zum Roten Meer gesichert werden. Eine Vereinbarung müsse von einem Übergangsparlament ausgearbeitet werden, sagte der EPRDF-Sprecher. Über dessen Sitzverteilung soll demnächst an der Konferenz, an der 24 politische und ethnische Gruppierungen teilnehmen, entschieden werden.

Irakisches Gesetz für ein «Mehrparteiensystem»

Bagdad, 4. Juli. (ap) Die irakische Nationalversammlung hat am Donnerstag ein Parteiengesetz verabschiedet, wonach erstmals auch Oppositionsparteien zugelassen werden sollen - allerdings mit erheblichen Einschränkungen. Dem Gesetz gemäss muss sich jede neue Partei zu den «Errungenschaften der Revolution von 1968» bekennen. Die Regierung hat das Recht, jede Partei aufzulösen, die die «Staatsicherheit und nationale Einheit untergräbt». Religiös orientierte Parteien bleiben verboten. Bei der letzten Parlamentswahl im April 1989 hatte die praktisch allein herrschende Arabische Sozialistische Baath-Partei mehr als die Hälfte der 250 Mandate in der Nationalversammlung bekommen. Die übrigen Sitze gingen an Unabhängige und an Angehörige

der Nationalen Fortschrittsfront, ein Bündnis kleiner, mit der Baath-Partei zusammenarbeitender Gruppen. Der Parlamentspräsident erklärte, das neue Gesetz lasse Parteien zu, die in Opposition zum Baath stünden. Diese könnten auch Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellen.

(Reuter) Das Gesetz räumt einzig der regierenden Baath-Partei das Recht ein, innerhalb der Streitkräfte und Sicherheitsdienste zu wirken. Aus Regierungskreisen verlautete, das Gesetz werde dem Revolutionskommandatrat zur Ratifizierung zugeleitet werden.

Freispruch für IRA-Leute in den Niederlanden

Den Bosch, 5. Juli. (Reuter) Ein niederländisches Berufungsgericht hat am Freitag vier Iren von dem Vorwurf freigesprochen, im Mai 1990 zwei australische Touristen in Roermond getötet zu haben. Mit der Begründung, es gebe keine sicheren Beweise für die Täterschaft, hoben die Richter die Haftstrafe des Iren Gerard Harte auf. Zugleich bestätigten sie das Urteil gegen drei weitere Iren, die in erster Instanz freigesprochen worden waren. Für den Mord an den beiden Australiern hatte die Irisch-Republikanische Armee (IRA) die Verantwortung übernommen. Die Opfer seien mit britischen Soldaten verwechselt worden. Die vier bleiben in Untersuchungshaft, weil sie sich in einem anderen Verfahren wegen mutmasslicher Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation verantworten müssen. Das Urteil soll am 12. Juli verkündet werden. Die deutschen Behörden verlangen die Auslieferung von Maguire, Hughes und Hick, denen sie Anschläge der IRA gegen britische Einrichtungen vorwerfen.

Konzession Moskaus an Polen Freie Wahl von Bündnispartnern

Warschau, 4. Juli. (Reuter) Die Sowjetunion will nach Angaben des polnischen Aussenministeriums entgegen ihren bisherigen Forderungen Polens Entscheidungsfreiheit in der Sicherheitspolitik nicht vertraglich einschränken. Nach Angaben des Staatsministers im Aussenministerium,

Treffen Gorbatschew mit Kohl in Kiew

Ukrainische Proteste

U. Sd. Moskau, 5. Juli

Auf einem Landsitz bei Kiew haben sich am Freitag Präsident Gorbatschew und Bundeskanzler Kohl zu Gesprächen über die sowjetischen Reformpläne getroffen, von denen westliche Länder weitere finanzielle Hilfeleistungen abhängig machen und die in der Sowjetunion zu heftigen Kontroversen Anlass gegeben haben. Vor der Unterredung mit Gorbatschew gab Kohl bekannt, es gehe ihm in erster Linie darum, sich über den Stand der Reformen zu informieren und zu erreichen, dass der sowjetische Präsident den Staats- und Regierungschefs der G-7 akzeptable und überzeugende Reformkonzepte vorlege. Über konkrete Geldzuwendungen wolle er nicht sprechen, weil in dieser Frage eine abgestimmte Aktion der westlichen Geldgeber und nicht ein deutscher Alleingang angezeigt sei.

Mit der Wahl Kiews zum Gesprächsort ging es Gorbatschew wohl nicht zuletzt darum zu beweisen, dass er noch immer Herr des Landes ist und auch in Republiken mit starken Autonomiebestrebungen als Staatspräsident auftreten kann. Bei vielen Ukrainern stiess der Entscheid Gorbatschews allerdings auf wenig Verständnis. Schon bei der Ankunft Kohls demonstrierten vor dem Kiewer Flughafengebäude mehrere hundert Menschen für Autonomie, und für den Abend hatte die Unabhängigkeitsbewegung Ruch zu einer Demonstration in der Innenstadt aufgerufen. Laut Angaben aus Kreisen des ukrainischen Parlamentes hatte Gorbatschew Kohl nach Kiew eingeladen, ohne vorher die Legislative der Republik zu konsultieren, was von einer Reihe überzeugter Separatisten als Verletzung der ukrainischen Souveränität gewertet wurde.

Die sowjetische Presse verhielt sich vor dem Treffen auffallend still. Die Ratschläge, die Gorbatschew von konservativer und von fortschrittlicher Seite seit Wochen erhält, beziehen sich in ihrer Mehrheit auf den Londoner Wirtschaftsgipfel; vom vorgängigen Treffen in Kiew erwartete niemand einen grundlegenden Durchbruch. Kohl als ein Politiker, der sich seit langem für westliche Hilfe und die vermehrte Einbeziehung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft ausspricht, genießt sowohl bei Konservativen wie bei Liberalen im liberalen Lager oft vorgeworfen wird, er konzentrierte seine Bemühungen zu sehr auf die Person Gorbatschews und vernachlässigte die neuen demokratischen Bewegungen in den Republiken.

Zustimmung Russlands zum Unionsvertrag

Das Parlament der Russischen Föderation hat am Freitagabend nach einer heftigen, ganzjährigen Debatte grundsätzlich den Entwurf für einen sowjetischen Unionsvertrag gebilligt. Laut Angaben der Nachrichtenagentur Tass behielten sich die Delegierten allerdings das Recht vor, das Werk vor einer endgültigen Unterzeichnung noch einmal zu erörtern. In der Debatte sprach sich der designierte russische Präsident Jelzin mit Nachdruck für eine Annahme des Vertrages aus. Wenn der Entwurf jetzt nicht unterzeichnet werde, drohe dem ganzen Land der Zusammenbruch, sagte Jelzin laut Angaben von Tass.

Russland ist die achte - und wichtigste - der neun an dem «Neun plus Eins»-Grundsatzabkommen beteiligten Republiken, die den Vertragsentwurf unterzeichnet. Einzig die Ukraine hat ihre Entscheidung verschoben; das Parlament in Kiew will erst im September abstimmen. Der Beschluss der Russischen Föderation macht klar, dass man vorderhand im rein formalen Fortschritt sein Heil zu suchen gedenkt. Der Unionsvertrag, so wie er gegenwärtig vorliegt, enthält wesentlich mehr Streitpunkte als Kompetenzfestlegungen und ist in seiner Substanz gerade in Russland heftig umstritten. Die Republik will ein anderes Steuersystem als die Union und besteht laut Tass auf der Rechtshoheit über die Industrien auf ihrem Gebiet, eingeschlossen die Rüstungsindustrie. Die Union wehrt sich entschieden gegen solche Forderungen. Mit ihrer Entscheidung haben die russischen Abgeordneten vorderhand nur eines deutlich gemacht: dass sie an einer Weiterführung der Unionsverhandlungen interessiert sind und einen formellen Abbruch der Gespräche zwischen Union und Republiken für politisch unklug halten. Die eigentliche Arbeit hat indes noch kaum richtig begonnen.

Janusz Ziolkowski, vom Donnerstag machte der sowjetische Präsident Gorbatschew in einem Brief deutlich, dass er in einem neuen Vertrag zwischen beiden Ländern auf eine entsprechende Klausel verzichten will. Bisher hatte Moskau von Warschau eine vertragliche Zusicherung gefordert, dass Polen keinem gegen die UdSSR gerichteten Militärbündnis beitreten werde.

Anzeigen-Überblick

| | | | |
|-----------------------|--------------|-----------------|-------|
| Dienstleistungen | 8 | Theater | 16 |
| Heiratsanzeigen | 10 | Konzerte | 15/16 |
| Informatik | 10 | Tiermarkt | 10 |
| Kapital | 36 | Veranstaltungen | 15/16 |
| Kino | 14 | | |
| Galerien/Antiquitäten | 13/14 | | |
| Stellen | 27, 44, 46 | | |
| | 50-60, 67-92 | Todesanzeigen | 25/26 |